



Bedarf an Betreuungsplätzen für unter Dreijährige in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Methodenbericht

Juni 2011

Impressum:**Projektleitung:**

Deutsches Jugendinstitut

Dr. Walter Bien
Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstr. 2
81541 München

Forschungsverbund

Dr. Maik-Carsten Begemann, Dr.
Matthias Schilling; Dr. Kirsten Fuchs-
Rechlin

Technische Universität Dortmund
CDI-Gebäude/Forschungsverbund
Vogelpothsweg 78
44227 Dortmund

Durchführung:

Organisationsberatungsinstitut Thüringen
ORBIT
Ines Morgenstern und Kerstin Martin
Arvid-Harnack-Straße 1
07743 Jena
www.orbit-jena.de

1 INHALTSVERZEICHNIS

INHALT

1	Inhaltsverzeichnis	3
2	GEGENSTAND UND ZIEL DER BEFRAGUNG	4
3	DESIGN DER STUDIE UND DURCHFÜHRUNG DER ERHEBUNGEN	5
3.1	Population und Auswahlverfahren	5
3.1.1	Grundgesamtheit	5
3.1.2	Stichprobendesign.....	6
3.1.3	Nachfassaktionen	7
3.1.4	Adressgenerierung	7
3.1.5	Zusammenfassung.....	8
3.2	Durchführung der Erhebung	9
3.2.1	Erstkontakt mit den teilnehmenden Kommunen	9
3.2.2	Verfahren – Erstversendung der Fragebögen und Nachfassaktionen	9
3.2.3	Feldzeit	19
3.2.4	Zusammenfassung.....	20
3.3	Erhebungsinstrument.....	21
3.4	Daten	24
3.4.1	Bewertung der Verfahren	26
3.4.2	Zusammenfassung.....	27
4	AUSWERTUNG UND STRATEGIEN	28
4.1	Betreuungswünsche.....	31
4.2	Gewichtung	32
4.2.1	Gewichtungsfaktoren	32
4.2.2	Korrekturfaktoren AID:A	34
5	EINSATZ VON STUDENTISCHEN HILFSKRÄFTEN UND QUALITÄTSSICHERUNG	34
5.1	Herausforderungen und Stolpersteine	35
6	Anhang	36
6.1	Anschreiben und Elternbeitragstabelle zur Erstversendung am Beispiel	36
6.2	Fragebogen am Beispiel	38

2 GEGENSTAND UND ZIEL DER BEFRAGUNG

Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) wurde ein bedingter Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege ab 2010 festgelegt. Ab August 2013 haben Eltern mit Kindern im Alter von einem Jahr bzw. zwei Jahren gemäß dem Kinderförderungsgesetz (KiföG) einen unbedingten Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz.

Zur Planung künftiger Betreuungsplätze sind gesicherte Daten für die Städte und Landkreise notwendig. Inzwischen gibt es Schätzungen zum Betreuungsbedarf auf Bundes- bzw. Länderebene, die sich jedoch regional sehr unterscheiden – nicht nur zwischen West und Ost, sondern auch in ländlichen und städtischen Regionen. Letztendlich kann die Frage nach dem konkreten Betreuungsbedarf nur auf kommunaler Ebene geklärt werden. Hierbei gibt es verschiedene Methoden, um sich dem Thema zu nähern. Befragungen von Eltern zu ihrem zukünftigen Betreuungsbedarf können dabei eine entscheidende Unterstützung bieten.

Aus diesem Grund führte das Deutsche Jugendinstitut gemeinsam mit dem Forschungsverbund DJI/TU Dortmund und in Kooperation mit ORBIT Elternbefragungen in fünf unterschiedlichen Städten () bzw. Landkreisen () durch. Ziel des Projektes war es zum einen, einen standardisierten Fragebogen zur Erhebung des Betreuungsbedarfes von Eltern mit Kindern unter 3 Jahren zu entwickeln und zu testen; sowie die organisatorischen Abläufe von der Versendung der Fragebögen bis zur Auswertung der Ergebnisse zu erproben. Dabei sollten Gelingensbedingungen und hinderliche Faktoren für eine solche Befragung extrahiert werden, die anderen Kommunen Anregungen und Hinweise geben, wie solche Befragungen am besten durchgeführt werden können.

Dieser anonymisierte Methodenbericht stellt die gewonnenen Erkenntnisse aus der vorbenannten Erhebung in den Mittelpunkt, so dass daraus Rückschlüsse für künftige Erhebungsverfahren ableitbar sind. Er gliedert sich folgendermaßen: Zunächst erfolgt eine Beschreibung der Grundgesamtheit und Stichproben der teilnehmenden Städte und Landkreise¹. Im nächsten Kapitel werden die durchgeführten Verfahren im Überblick vorgestellt sowie eine Bewertung hinsichtlich der Gelingensbedingungen abgegeben. Nach der Beschreibung des Erhebungsinstrumentes, erfolgt eine Darstellung der Datenaufbereitung, Erläuterungen zur Auswertung und abschließend folgt ein Überblick über die angewandten Gewichtungsfaktoren. Empfehlungen und Stolpersteine sind den jeweiligen Kapiteln zugeordnet und immer kursiv dargestellt.

¹ Zur besseren Lesbarkeit des Berichtes werden im Folgenden Städte und Landkreise insgesamt als Kommunen bezeichnet.

3 DESIGN DER STUDIE UND DURCHFÜHRUNG DER ERHEBUNGEN

3.1 Population und Auswahlverfahren

3.1.1 Grundgesamtheit

In Vorbereitung auf eine Untersuchung muss geklärt werden, über welche Menge von Personen Aussagen getroffen werden sollen. Im Rahmen des hier beschriebenen Projektes ging es darum, Ergebnisse zum Betreuungsbedarf von Eltern mit Kindern unter drei Jahren zu eruieren, die mit dem Ausbau des KiföG ab 2013 einen unbedingten Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz erwerben. Das bedeutet, dass der zu interessierende Personenkreis alle Eltern mit Kindern unter drei Jahren in einer Kommune darstellen – diese werden auch als *Grundgesamtheit* bezeichnet.

Grundsätzlich besteht nun die Möglichkeit, die Grundgesamtheit insgesamt zu befragen (Vollerhebung) oder lediglich einen Teil aus dieser Grundgesamtheit (Stichprobenerhebung). Jede dieser Methoden hat sowohl Vor- als auch Nachteile, wobei hier vor allem ökonomische und zeitliche Ressourcen den Ausschlag für die eine oder andere Variante geben dürften. Vollerhebungen könnten beispielsweise einen enormen Kostenfaktor für Kommunen darstellen. Für Teilerhebungen dagegen muss zunächst eine repräsentative Stichprobe aus der Grundgesamtheit gezogen werden, was viele Kommunen vor größere Probleme stellen könnte.

Um im Rahmen des Projektes den Erfolg verschiedener Methoden zu testen, kamen beide Varianten zur Anwendung. In zwei Kommunen fanden jeweils Stichprobenerhebungen statt. In drei Kommunen wurden Vollerhebungen durchgeführt. Die Anzahl der Kinder unter 3-Jahren für jede Kommune ist in der folgenden Tabelle abgebildet.

Kommunen	Anzahl der unter 3-Jährigen zum Zeitpunkt der Adressgenerierung	Stichprobengröße	Methode
Kommune 1	5.980	3.000	Stichprobenerhebung
Kommune 2	1.206	1.206	Vollerhebung
Kommune 3	5.306	5.306	Vollerhebung
Kommune 4	6.331	3.000	Stichprobenerhebung
Kommune 5	1.361	1.361	Vollerhebung

Tabelle 1 Überblick über die angewandten Erhebungsmethoden

3.1.2 Stichprobendesign

Die Güte einer Stichprobenerhebung leitet sich daraus ab, wie gut die gezogene Stichprobe, die zu repräsentierende Population (alle Kinder unter drei Jahren²) abbildet. Grundsätzlich kann die Auswahl der Elemente zufällig oder nicht zufällig stattfinden. Bei der Anwendung einer einfachen Zufallsauswahl, hat – entsprechend dem beschriebenen Projekt – jedes Kind die gleiche Chance, in die Stichprobe aufgenommen zu werden. Um eine Gleichverteilung der einzelnen Altersjahrgänge zu gewährleisten, kam in zwei der Kommunen jedoch die Methode der „Geschichteten Stichprobenziehung“ zum Einsatz. Das bedeutet, dass alle Kinder unter drei Jahren zunächst auf der Basis des Altersjahrganges eingeteilt wurden (Gruppe der unter 1-Jährigen; Gruppe der 1-Jährigen; Gruppe der 2-Jährigen). Danach wurde aus jeder dieser entstandenen Teilpopulationen dann per Zufallsauswahl eine Größe von je 1.000 Kindern gezogen. Die Anwendung dieser Methode gewährleistete, dass Aussagen die aufgrund der Stichproben über die Grundgesamtheit gemacht werden, mit großer Wahrscheinlichkeit abgesichert werden können.³

Nachfolgende Grafik verdeutlicht das oben beschriebene Vorgehen:

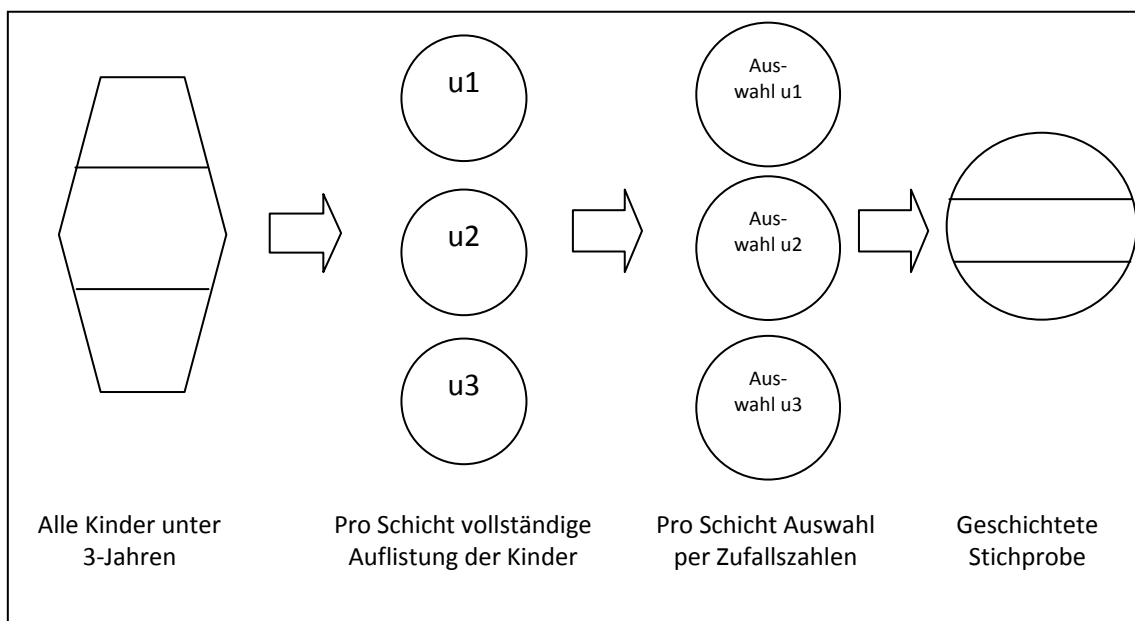


Abbildung in Anlehnung an Bortz/Döring, 2002⁴.

² Als Grundgesamtheit gelten hier alle **Kinder** unter drei Jahren, berücksichtigt werden somit auch Geschwisterkinder. Eltern mit mehreren Kindern unter drei Jahren hatten so auch die Möglichkeit den Betreuungsbedarf für jedes Kind anzugeben.

³ Zur Prüfung der Repräsentativität vgl. Kapitel 4.2

⁴ In Anlehnung an Bortz/Döring: Forschungsmethoden und Evaluation; 3. Auflage, 2002.

3.1.3 Nachfassaktionen

Hohe Rücklaufquoten sichern die Qualität der Erhebung. Daher war es der Wunsch des Auftraggebers, möglichst auf 60% Rückantworten zu kommen. Die Erfahrungen schriftlicher Befragungen zeigen allerdings, dass dies nicht durch eine einfache schriftliche Befragung erreicht werden kann. Daher wurden Nachfassaktionen von vorn herein eingeplant. Auch hier sollte in den Pilotkommunen getestet werden, welches Verfahren am geeignetsten und praktikabelsten ist. Welche Verfahren dabei Anwendung fanden, und wie der Erfolg war, zeigt Kapitel 3.2.

3.1.4 Adressgenerierung

Ziel der Befragung war es, die ausgewählten Kinder (unabhängig von der Durchführung einer Voll- oder Stichprobenerhebung) postalisch anzuschreiben. Um dies zu gewährleisten, musste die entsprechende Anzahl an Adressen bereitgestellt werden. In der Vorüberlegung wurde der Stichtag für die Generierung der Adressen in allen Kommunen auf den 10.01.2011 gesetzt. Ausgehend von diesem Datum sollten die Kommunen die Anzahl der unter 3-Jährigen (entweder insgesamt bei der Durchführung von Vollerhebungen oder als Stichprobe bei Teilerhebungen) herausfiltern. Die Adressgenerierung lag in der Verantwortung der Einwohnermeldeämter der teilnehmenden Kommunen.

3.1.4.1 Herausforderungen und Stolpersteine

Generierung der Adressen

Die ersten Schwierigkeiten traten bei der Generierung der Adressdateien auf. Einige der teilnehmenden Kommunen konnten programmtechnisch in Vorbereitung auf die Erhebung die Adressen nicht zu einem Stichtag, der in der Zukunft liegt, generieren. Andere Kommunen wiederum konnten nur auf einen Zeitraum bezogen (z.B. monatsweise und nicht explizit auf einen Tag), Adressen auswählen.

Somit mussten die Kommunen individuell den Stichtag für die Auswahl der unter 3-Jährigen festlegen. Dieser sollte im günstigsten Fall kurz vor der Erhebung sein, um Übergänge der Altersgruppe der unter 3-Jährigen zu über 3-Jährigen so gering wie möglich zu halten. Mit Ausnahme einer Kommune⁵ lag der Stichtag zwischen dem 15.12.2010 und 10.01.2011.

⁵ Auf Grund melderechtlicher Schwierigkeiten verzögerte sich die Generierung der Adressen auf Anfang Februar 2011.

Eine weitere Besonderheit stellte die Adressgenerierung in Landkreisen dar. Da die Verwaltung der Bevölkerungsdaten in der Hoheit der einzelnen Gemeinden liegt, mussten hier zunächst alle Einwohnermeldeämter informiert und um die Bereitstellung der gewünschten Adressen gebeten werden. Dies stellte einen hohen personellen und zeitlichen Aufwand für die Landkreise dar.

Außerdem soll hier auf ein weiteres Problem bei der Generierung von Adressen in Nordrhein-Westfalen eingegangen werden. Unter Umständen kann die Adressrecherche durch die Meldeämter in Kommunen unter Verweis auf § 31 Abs. 1 MG NRW verweigert werden. Trotz Zustimmung des Datenschutzbeauftragten in einer Kommune für die Durchführung der Befragung, untersagte das städtische Meldewesen die Freigabe der Adressen. Nach den Verwaltungsvorschriften zur Durchführung des Meldegesetzes in NRW haben die Meldebehörden zu überprüfen, ob angeforderte Daten zur Erfüllung der vom Empfänger genannten Aufgaben (hier Planung des Betreuungsbedarfes von Kindern unter drei Jahren) erforderlich erscheinen. Bei begründeten Zweifeln (die für die Erforderlichkeit der Fragen nach dem Geschlecht, Bildungsstand und Familiensituation geäußert wurden) können die Daten bis zur Klärung zurückgehalten werden. Auf diese Verwaltungsvorschriften beriefen sich sowohl das Rechtsamt als auch das Bürgeramt. Erst nach der Entfernung der oben genannten sozialstatistischen Merkmale im Fragebogen wurden die Adressen generiert und herausgegeben.

Die Berücksichtigung von Kindern mit Nebenwohnsitz obliegt der Kommune selbst. Wenn auch Kinder mit Nebenwohnsitz einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz geltend machen können, sollten diese auch in der Erhebung des Bedarfs berücksichtigt werden.

3.1.5 Zusammenfassung

Die Entscheidung darüber, welche Methode (Vollerhebung oder Stichprobenerhebung) zur Ermittlung des Betreuungsbedarfes bei Eltern mit Kindern unter drei Jahren durchgeführt werden soll, muss sorgfältig bedacht werden. Überlegungen zu den Kosten und personellen Ressourcen sind hierfür ausschlaggebend. Teilerhebungen können ebenso aussagekräftig sein, verursachen zudem weniger Aufwand für die Kommunen. Bei der Durchführung von Teilerhebungen sollte auf die Auswahl per Zufallsstichprobe geachtet werden, um ein repräsentatives Abbild der Grundgesamtheit zu gewährleisten.

3.2 Durchführung der Erhebung

3.2.1 Erstkontakt mit den teilnehmenden Kommunen

Die Zuständigkeit für die Entwicklung der Fragebögen und der Anschreiben oblag dem DJI bzw. dem Forschungsverbund DJI/TU Dortmund, ebenso für die Auswahl und den Erstkontakt mit den Kommunen. Für die technische Gestaltung der Fragebögen (Layout; Übersichtlichkeit usw.) lag die Verantwortung bei ORBIT. Ebenso verantwortete das Organisationsberatungsinstitut Thüringen den weiteren Kontakt mit den Kommunen zur konkreten Vorbereitung und Durchführung der Befragung. Die Kontaktaufnahme mit den Kommunen durch ORBIT erfolgte zunächst in Form einer E-Mail. Nach einer kurzen Unternehmensvorstellung und der Beschreibung des Auftragsgegenstandes wurde auf den weiteren telefonischen Kontakt hingewiesen. Einige Tage später setzte sich ORBIT mit allen teilnehmenden Kommunen telefonisch in Verbindung, um die nächsten Schritte für die Erhebung zu klären. Die Weiterführung der Kontakte mit allen Kommunen verlief unkompliziert. Alle Absprachen sowohl telefonisch als auch per E-Mail wurden durch den Auftragnehmer in einem Dokument verwaltet, um den aktuellen Stand jederzeit für alle Projektbeteiligten transparent zu haben.

3.2.1.1 Herausforderungen und Stolpersteine

Kontaktpflege

Während der Durchführung der Befragung gab es in zwei der fünf Kommunen Veränderungen in der Zuständigkeit. Aber auch hier konnte das Verfahren ohne größere Verzögerungen weitergeführt werden. Den einzelnen Kommunen sei es in diesem Fall angeraten, die Übergabe der Zuständigkeit sorgfältig zu planen, alle notwendigen Informationen entsprechend bereitzustellen und diese zu kommunizieren.

Um Urlaubszeiten oder Krankzeiten der Verantwortlichen vor Ort zu kompensieren und die Befragung nicht zu verzögern, sollten mindestens zwei Personen in den Gesamtprozess involviert sein.

3.2.2 Verfahren – Erstversendung der Fragebögen und Nachfassaktionen

Wie oben erwähnt, war es ebenfalls erklärtes Ziel, verschiedene Methoden zur Erhebung der Daten zu testen. Dazu wurde im Vorfeld durch den Forschungsverbund DJI/TU Dortmund mit den einzelnen Kommunen abgeklärt, welches Verfahren jeweils zum Einsatz kommen sollte (Erstversendung; Festlegung von Anzahl und Art der Nachfassaktionen; spezifisch oder unspezifisch usw.).

Bei der unspezifischen Nachfassaktion sollten alle Personen aus der Stichprobe erneut angeschrieben (ggf. erneut mit einem Fragebogen und einem frankierten Rückumschlag). Im Fall einer spezifischen Nachfassaktion sollten alle Eltern, die noch nicht im Zuge der Ersterhebung an der Befragung teilgenommen hatten, erneut ein Anschreiben mit Fragebogen erhalten. Folgendes Vorgehen innerhalb der Kommunen war geplant:

In Kommune 1 war eine Stichprobenerhebung mit nachfolgender unspezifischer Nachfassaktion in Form einer Postkarte geplant. Jeweils unspezifische Nachfassaktionen sollten auch in Kommune 4 und 5 zum Einsatz kommen. Kommune 2 plante nach der Vollerhebung eine spezifische Nachfassaktion aber nur bei einem Rücklauf unter 35% und Kommune 3 wollte zwei spezifische Nachfassaktionen durchführen. Die folgende Tabelle zeigt die Anzahl und Art der Nachfassaktionen im Vergleich zum geplanten und tatsächlich realisierten Vorgehen.

Kommunen	Anzahl und Art der Nachfassaktion (geplant)	Anzahl und Art der Nachfassaktion (durchgeführt)
Kommune 1	Ersterhebung als Stichprobe; 1 unspezifische Nachfassaktion mit Postkarte	Ersterhebung als Stichprobe; 1 unspezifische Nachfassaktion mit Erinnerungsanschreiben
Kommune 2	Ersterhebung als Vollerhebung; 1 spezifische Nachfassaktion, aber nur bei Rücklauf unter 35%	Ersterhebung als Vollerhebung; keine spezifische Nachfassaktion, da Rücklauf über 35%
Kommune 3	Ersterhebung als Vollerhebung; 2 spezifische Nachfassaktionen mit Fragebogen	Ersterhebung als Vollerhebung; keine Nachfassaktionen sondern Pressemitteilung
Kommune 4	Ersterhebung als Stichprobe; 1 unspezifische Nachfassaktion mit Fragebogen	Ersterhebung als Stichprobe; 1 unspezifische Nachfassaktion mit Fragebogen
Kommune 5	Ersterhebung als Vollerhebung; 1 unspezifische Nachfassaktion mit Fragebogen	Ersterhebung als Vollerhebung; 1 spezifische Nachfassaktion mit Fragebogen

Tabelle 2 Anzahl und Art der Nachfassaktionen geplant versus tatsächlich durchgeführt

Nach dem Rücklauf aus der Ersterhebung entschieden sich einige der Kommunen gegen die ursprünglich geplanten Nachfassaktionen bzw. zu einer Änderung des Modus. In Kommune 3 wurde deshalb (aufgrund des hohen Rücklaufs) auf eine Nachfassaktion verzichtet. Hier erfolgte die Schaltung einer Zeitungsannonce. Auch in Kommune 2 wurde auf Grund des guten Rücklaufs auf eine Nachfassaktion verzichtet.

Ebenfalls ausschlaggebend für Veränderungen waren finanzielle Aspekte innerhalb der Kommunen. So wechselte Kommune 5 von einer unspezifischen zu einer spezifischen Nachfassaktion, um nicht alle Eltern mit Kindern unter drei Jahren erneut anschreiben zu müssen. Die geänderten Formen sind ebenfalls in Tabelle 2 dargestellt. Alle Änderungen in den Verfahren wurden im Vorfeld mit dem Forschungsverbund DJI/TU Dortmund besprochen und abgestimmt.

Unabhängig vom durchgeführten Verfahren musste zunächst geklärt werden, wer den **Versand der Fragebögen** an die Eltern übernimmt. ORBIT bot allen Kommunen an, die Versendung direkt zu übernehmen, um den Aufwand für die Kommunen so gering wie möglich zu halten. Auf Grund datenschutzrechtlicher Bedenken (bzgl. der Weiterleitung von Adressen) sowie finanzieller Gründe konnten nicht alle teilnehmenden Kommunen davon Gebrauch machen. Somit wurde die Versendung der Briefe von ORBIT im Fall von drei Kommunen entsprechend vorbereitet (Druck der Bögen und der Anschreiben; Kuvertierung) und geschlossen an das jeweilige Jugendamt versendet, die den weiteren Versand an die Eltern eigenständig übernahmen. In den anderen zwei Fällen erfolgte die Versendung über ORBIT.

In der folgenden Tabelle ist die Erstversendung der Fragebögen pro Kommune dargestellt:

Kommunen	Verschickung durch/Rücklauf an	Erstversendung	Sprachen
Kommune 1	ORBIT/ORBIT	Anschreiben, Fragebogen; frankierter Rückumschlag	deutsch
Kommune 2	Jugendamt/ORBIT	Anschreiben, Fragebogen; frankierter Rückumschlag	deutsch
Kommune 3	Landratsamt/ Landratsamt	Anschreiben, Fragebogen; frankierter Rückumschlag	deutsch
Kommune 4	Jugendamt/ORBIT	Anschreiben, Fragebogen; frankierter Rückumschlag	deutsch und türkisches Anschreiben
Kommune 5	ORBIT/ORBIT	Anschreiben, Fragebogen; frankierter Rückumschlag	deutsch

Tabelle 3 Erstversendung im Überblick

Alle Eltern (entsprechend der generierten Daten) wurden mit einem Anschreiben (inklusive Fragebogen und frankiertem Rückumschlag) über das Ziel der Befragung und den Auftraggeber informiert. Dabei wurde das Anschreiben mit dem Hinweis „An die Eltern von“ bzw. „An die Erziehungsberechtigten von“ versehen und versendet, denn die Adressgenerierung fand in Bezug auf die unter drei jährigen Kinder statt. Die Rücksendung der Fragebögen erfolgte im bereits frankierten Umschlag an ORBIT (bzw. im Fall einer Kommune an das Landratsamt selbst). In Kommune 4 wurde auf Grund des hohen Anteils an Menschen mit türkischem Migrationshintergrund das Anschreiben ebenfalls in türkischer Sprache versendet. Der Versand der Briefe über ORBIT erfolgte über „Infopost“⁶.

Weiterhin war allen Anschreiben eine Übersicht mit den entsprechend geltenden Elternbeiträgen für Kinderbetreuung für jede Kommune angehängt. Zusätzlich enthielt jedes Anschreiben eine Zusicherung der Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

⁶ Infopost bietet die Möglichkeit größere Anzahlen von Briefen kostengünstig zu versenden.

Um einen maximalen Rücklauf aus den Erhebungen zu erreichen, wurde im Verfahrensverlauf auf den Einsatz von „Incentives“⁷ zurückgegriffen. Zwei der teilnehmenden Kommunen haben im Zuge der Befragung eine Verlosung von Gutscheinen (beispielsweise Freizeitbad oder ähnliches) unter allen Teilnehmer/innen durchgeführt.

Drei der Kommunen informierten im Vorfeld der Befragung die Eltern über einen Artikel in der Zeitung.

Im Folgenden werden die tatsächlichen Verfahren zur **Erstversendung** im Überblick noch einmal kurz dargestellt:

Variante 1: Versand der Unterlagen und Rücklauf über ORBIT

- Verantwortlichkeit durch ORBIT:
 - Übernahme des Drucks der Fragebögen; der Anschreiben; der Rückumschläge (frankiert und mit Postfachadresse; ggf. Codierung)
 - Übernahme der Kuvertierung
 - Versand der Briefe an die Eltern
 - Übernahme des Rücklaufs der Antworten (Sortierung und Eingabe der Daten)
- Verantwortlichkeit durch die Kommune:
 - Abklärung mit dem Datenschutz
 - Zuarbeit der Adressen als Datei
 - Absprache bzgl. Anschreiben
 - Logo und Unterschrift auf dem Anschreiben

Variante 2: Versand der Unterlagen über die Kommune und Rücklauf über ORBIT

- Verantwortlichkeit durch ORBIT:
 - Übernahme des Drucks der Fragebögen; der Anschreiben; der Rückumschläge (frankiert und mit Postfachadresse; ggf. Codierung)
 - Übernahme der Kuvertierung
 - Versand der Briefe an die Kommune als Postpaket
 - Übernahme des Rücklauf der Antworten (Sortierung und Eingabe der Daten)
- Verantwortlichkeit durch die Kommune:
 - Absprache bzgl. Anschreiben
 - Logo und Unterschrift auf dem Anschreiben zur Verfügung stellen
 - Druck der Adressaufkleber
 - Versand der Briefe an die Eltern

⁷ Anreize (finanzieller oder nicht finanzieller; materieller oder immaterieller Art).

Variante 3: Versand der Unterlagen und Rücklauf über die Kommune

- Verantwortlichkeit durch ORBIT:
 - Übernahme des Drucks der Fragebögen; der Anschreiben; der Rückumschläge (frankiert und mit Adresse der Kommune; ggf. Codierung)
 - Übernahme der Kuvertierung
 - Versand der Briefe an die Kommune
- Verantwortlichkeit durch die Kommune:
 - Absprache bzgl. Anschreiben
 - Logo und Unterschrift auf dem Anschreiben zur Verfügung stellen
 - Druck der Adressaufkleber
 - Versand der Briefe an die Eltern
 - Erfassen des Rücklaufs
 - Versendung des Rücklaufs geschlossen an ORBIT

Auch die erfolgten Nachfassaktionen werden im Überblick dargestellt:

Variante 1: Spezifische Nachfassaktion mit Fragebogen und Versand über ORBIT

- Verantwortlichkeit durch ORBIT:
 - Übernahme des Drucks der Fragebögen; der Anschreiben; der Rückumschläge (frankiert und mit Postfachadresse)
 - Übernahme der Kuvertierung
 - Versand der Briefe an die Eltern
- Verantwortlichkeit durch Kommune:
 - Absprache bzgl. Nachfassanschreiben und Rücklaufdatum

Variante 2: Unspezifische Nachfassaktion mit Fragebogen und Versand durch Kommune

- Verantwortlichkeit durch ORBIT:
 - Übernahme des Drucks der Fragebögen; der Anschreiben; der Rückumschläge (frankiert und mit Postfachadresse)
 - Übernahme der Kuvertierung
 - Versand der Briefe an die Kommune
- Verantwortlichkeit durch Kommune:
 - Absprache bzgl. Nachfassanschreiben und Rücklaufdatum
 - Druck der Adressaufkleber
 - Versand der Briefe an die Eltern

Variante 3: Unspezifische Nachfassaktion ohne Fragebogen und Versand über ORBIT

- Verantwortlichkeit durch ORBIT:
 - Übernahme des Drucks der Anschreiben
 - Übernahme der Kuvertierung
 - Versand der Briefe an die Eltern
- Verantwortlichkeit durch Kommune:
 - Absprache bzgl. Nachfassanschreiben und Rücklaufdatum

Variante 4: Zeitungsaufruf

- Verantwortlichkeit durch ORBIT: keine
- Verantwortlichkeit durch Kommune:
 - Verfassen des Zeitungsaufrufes
 - Absprache mit ORBIT bzgl. Rücklaufdatum
 - Verbreitung in einschlägigen Zeitungen

3.2.2.1 Herausforderungen und Stolpersteine - Grundsätzliches

Das Anschreiben

Beim Verfassen der Anschreiben ist darauf zu achten, dass diese auf dem offiziellen Briefkopf der Kommune (mit Stadt- bzw. Landkreislogo) verfasst werden. Dieses Layout unterstreicht noch einmal die offizielle Wirkung der Befragung und deren Wichtigkeit. Darüber hinaus ist den Kommunen zu empfehlen, genau zu schauen, welche Informationen für die Eltern notwendig sein könnten bzw. geeignet sind, um die Bereitschaft zu erhöhen, an der Befragung teilzunehmen. So könnte dies beispielsweise der Hinweis auf bereits stattgefundene Befragungen sein. Unterschrieben werden sollte der Brief von einer namenhaften Person der Kommune (beispielsweise von (Ober-)Bürgermeister/in; Dezernenten/in, Jugendamtsleiter/in oder Fachbereichsleiter/in).

Die Bevölkerungsgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund sollte bei den grundsätzlichen Überlegungen zur Durchführung solcher Befragungen ebenfalls mit einfließen. So könnte es durchaus notwendig und sinnvoll sein, das Anschreiben (ggf. auch den Fragebogen) in anderen Sprachen (eventuell die größte Gruppe der Migranten/innen in einer Kommune) mit zu versenden. Unter Umständen kann es jedoch sein, dass sich deutschsprachige Bürger/innen über diese Anschreiben beschweren. Hier könnte ein Hinweis nützlich sein, dass auf eine Zuordnung der Nationalität bei der Generierung der Adressen aus Datenschutzgründen verzichtet wurde. Im Fall der Kommune mit zweisprachigem Anschreiben gab es einige unerfreuliche Rückmeldungen zu dem türkischen Anschreiben

aus der Bevölkerung. Die Übersetzung des Anschreiben (und ggf. des Fragebogens) stellt für die Kommune darüber hinaus einen Zeit- und Kostenfaktor dar. Sollen die anderssprachigen Anschreiben (und Fragebögen) nicht postalisch mit versendet werden, könnte auch eine Veröffentlichung auf der Homepage der Kommune eine mögliche Variante sein. Ein gesonderter Hinweis dazu (in der entsprechenden Sprache) müsste dann im Anschreiben allerdings vermerkt werden.

Ein Hinweis für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen darf im Anschreiben nicht fehlen; ebenso, dass die Teilnahme an der Befragung freiwillig ist und bei einer Nichtteilnahme keine Nachteile entstehen. Weiterhin muss ausdrücklich vermerkt werden, dass mit dem Ausfüllen des Fragebogens und der Zurücksendung, der Betreuungsbedarf nicht automatisch gemeldet wird.

Zusätzlich sollte im Anschreiben ein/e Ansprechpartner/in mit Kontaktdaten für die Eltern vermerkt sein. Diese/r Ansprechpartner/in sollte sowohl die zeitlichen Kapazitäten für Rückfragen der Eltern haben, als auch thematisch involviert sein. In manchen Kommunen gab es auch so genannte Service-Hotlines, die eine Alternative dazu darstellen. Die häufigsten Rückfragen waren hierbei, ob es Pflicht ist, den Fragebogen auszufüllen oder manche Eltern wollten die Gelegenheit nutzen, um sich für einen Betreuungsplatz anzumelden. Trotz der ausdrücklichen Hinweise im Anschreiben, traten diese Fragen immer wieder auf.

Da in den Kommunen die Betreuung der Kinder auch eine finanzielle Frage ist, empfiehlt es sich sehr, die aktuellen Elternbeiträge an das Anschreiben anzufügen (evtl. Rückseite). Im Fall einer Kommune gab es die Besonderheit, dass die Elternbeiträge kurz nach der Befragung durch den dortigen Jugendhilfeausschuss überprüft und neu festgesetzt werden sollten. Dennoch wurden die Elternbeiträge beigelegt und im Anschreiben entsprechend auf die künftigen Änderungen hingewiesen.

Das Datum für den Rücklauf sollte ebenfalls sorgfältig gewählt werden. Empfehlungen dazu im Kapitel Feldzeit.

Das Verfahren

Für die Erstversendung sollte das Anschreiben; der Fragebogen und ein frankierter Rückumschlag vorgesehen werden. Außerdem müssen die Kommunen entscheiden, ob eine Nachfassaktion durchgeführt werden soll oder nicht und ob diese unspezifisch oder spezifisch sein sollte. Diese Überlegungen müssen zum Teil im Vorfeld der Befragung angestellt werden, denn bei einer spezifischen Nachfassaktion müssen die Rückumschläge entsprechend mit einem Code (bei-

spielsweise eine Kombination aus Buchstaben und Zahlen) versehen werden, um die Rückläufe eindeutig zuordnen zu können. Sollte dieses Verfahren zur Anwendung kommen, muss unbedingt ein Hinweis im Anschreiben dazu erfolgen. Für die Durchführung von spezifischen Nachfassaktionen sollte auch der Datenschutz rechtzeitig einbezogen und um eine schriftliche Erlaubnis gebeten werden. **Grundsätzlich empfiehlt es sich, den Datenschutz frühestmöglich über die Befragung zu informieren und eine schriftliche Erlaubnis einzuholen.**

Verlosungen und Vorinformationen

Der Einsatz von Verlosungen ist erfahrungsgemäß gut geeignet, den Rücklauf bei Befragungen zu erhöhen. Zwei der Kommunen machten davon Gebrauch und verlost unter allen Teilnehmer/innen Gutscheine. Wollen Kommunen Verlosungen durchführen, müssen die Eltern im Anschreiben aufgefordert werden, einen separaten Zettel mit ihrer Adresse in den Rückumschlag zu legen, wenn sie an der Verlosung teilnehmen möchten. Eine andere Möglichkeit wäre im Zuge der spezifischen Nachfassaktionen eine Verlosung unter allen Antwortter/innen durchzuführen. Aber auch hier sollte dazu eine Anmerkung im Anschreiben stehen.

Ebenfalls hilfreich können Zeitungsartikel kurz vor Beginn der Befragung in aktuellen Tagesblättern sein. Darin werden die Eltern über die anstehende Befragung informiert. Somit erfolgt die Kontaktaufnahme per Brief dann nicht so überraschend.

3.2.2.2 Herausforderungen und Stolpersteine - Versand und Rücklauf über ORBIT

Datenschutz

Die Abwicklung der Befragung durch ein externes Institut stellt für die Kommunen das einfachste und unkomplizierteste Vorgehen dar. Zwei Kommunen machten davon Gebrauch. Die größte Schwierigkeit, die sich hierbei jedoch stellte, war die Herausgabe der Adressen. Da die Versendung über ORBIT erfolgen sollte, benötigte das Institut die entsprechenden Adressen. Die Einholung der Erlaubnis durch den Datenschutz ist dafür notwendig. Wie bereits angesprochen, können auch beispielsweise Meldeämter oder Gemeinden dennoch die Herausgabe der Adressen verweigern. Eine frühzeitige Klärung ist somit unabdingbar. Grundsätzlich empfiehlt es sich für jede Kommune eine Satzung über die Durchführung von schriftlichen Befragungen in den Feldern der Sozial- und Jugendhilfeplanung zu verabschieden. Somit werden alle datenschutzrechtlichen Bestimmungen im Vorfeld überprüft und langwierige Abstimmungsprozesse solcher Befragungen erübrigen sich.

Abwicklung und Versand der Briefe über ORBIT

Bei der Beauftragung durch ein externes Institut ist ein reibungsloser Austausch von Informationen notwendig. Ebenso müssen die Kommunen einen Überblick darüber haben, welche Kosten (Druckkosten; Portokosten) auf sie zukommen. Dazu gab es Gespräche im Vorfeld der Befragung.

Entsprechend der zu befragenden Elternstichprobe wurden also die Fragebögen für zwei Kommunen kopiert (schwarz/weiß; doppelseitig). Gleichzeitig wurden die Rückumschläge in der entsprechenden Anzahl gedruckt. Weiterhin wurden auf die Rückumschläge, die zuvor generierten Codes (im Falle der geplanten spezifischen Nachfassaktionen) gedruckt. Für die Frankierung von Rückumschlägen bietet sich der Vermerk „Porto zahlt Empfänger“ an. Verzichtet werden sollte auf ein Freistempeln oder die Verwendung von E-Porto, denn hier fallen die Kosten für alle versendeten Rückumschläge an, egal ob die Eltern den Fragebogen ausgefüllt zurücksenden oder nicht. Bei „Porto zahlt Empfänger“ fallen nur die Kosten für die eingehenden Antworten an.

Die Anschreiben gingen nach Absprache mit den Kommunen ebenfalls in den Druck. Hierbei wurden so genannte Serienbriefe anhand der bereitgestellten Adressen gedruckt. Nach dem Druck der gesamten Unterlagen, wurden die Anschreiben, die Fragebögen und der Rückumschlag maschinell kuvertiert. Anschließend erfolgte der Versand.

Rücklauf über ORBIT

Die eingegangenen Antworten wurden komplett durch ORBIT verwaltet. Bei sehr hohen Rückläufen bedeutete dies einen großen Aufwand für die Sortierung und Aufbereitung für die Eingabe der Daten.

Nachfassaktion über ORBIT

Die Vorbereitung für die Nachfassaktion (Druck der Anschreiben; ggf. der Bögen und Rückumschläge) oblag in einigen Fällen wiederum ORBIT. Entsprechend der Form der Nachfassaktion (spezifisch oder unspezifisch) wurden die Anschreiben sowie ggf. Fragebögen und Rückumschläge gedruckt und an die Eltern erneut versendet. Für die Kommunen bedeutete das in dem Fall keine zusätzliche Arbeit (außer Absprache der Nachfassanschriften).

3.2.2.3 Herausforderungen und Stolpersteine - Versand durch die Kommune und Rücklauf

Datenschutz

Datenschutzrechtlich wirft diese Vorgehensweise die wenigsten Probleme auf. Da keine Herausgabe der Adressen erfolgt, sondern der Versand eigenständig durch die Kommune abgewickelt wird, stellen sich die Absprachen mit dem Datenschutz vergleichsweise einfach dar.

Abwicklung und Versand über Kommune

Entscheiden sich die Kommunen dafür, den Versand der Briefe selbst zu übernehmen, bedeutet dies einen großen Aufwand hinsichtlich personeller und zeitlicher Ressourcen. Einige Kommunen entschieden sich für diesen Weg, da „finanziell“ der Versand von Briefen über die Poststelle der Kommune leichter abzuwickeln ist.

Lediglich die Kosten für den Druck der Fragebögen, der Anschreiben und der Rückumschläge durch ORBIT und der Rücklauf werden dann den Kommunen in Rechnung gestellt.

Die Briefe wurden soweit von ORBIT für den Versand vorbereitet. Das bedeutet, dass nach dem Druck der Unterlagen, die Kuvertierung erfolgte und die Briefe geschlossen in Paketen an die Kommune versandt wurden. Die eingegangenen Briefe mussten dort durch Mitarbeiter/innen der Kommune entsprechend mit Adressaufklebern versehen werden. Bei Vollerhebungen (wie im Fall einer Kommune mit über 5.000 Briefen), stellt dies einen enormen Aufwand dar. Teilweise dauerte dies (je nach Stichprobengröße und personellem Einsatz) bis zu vier Tagen.

Mit diesem Vorgehen ist also auch eine gewisse Zeitverzögerung einzukalkulieren die beispielsweise im Datum des Anschreibens sowie im Rücklauftermin Berücksichtigung finden muss. Hier sollten durchaus vier bis fünf Tage zusätzlich einkalkuliert werden. Die Mitarbeiter/innen in den einzelnen Kommunen versehen die Briefe mit Adressaufklebern und versendeten die Briefe über „Infopost“.

Rücklauf über ORBIT oder Kommune

Je nachdem, ob der Rücklauf über ORBIT abgewickelt wurde oder über die Kommune, stellt auch dies eine große Herausforderung dar. Eine Kommune verwaltete den Rücklauf selbst und musste sowohl logistisch als auch wiederum personelle und zeitliche Ressourcen aufbringen, um die eingehenden Antworten entsprechend zu verwalten. Hinzu kommt, dass die Rückantworten für die Aus-

wertung an ORBIT zugesandt werden mussten. Auch hier sind demnach Kosten angefallen.

Der Rücklauf über ORBIT stellt für die Kommunen (außer kostentechnisch) keine weiteren Aufgaben bereit.

Nachfassaktion über Kommune

Die Abwicklung der Nachfassaktion über die Kommune stellt die gleichen Herausforderungen wie die Erstversendung über die Kommune dar.

Eine andere Form der Nachfassaktion probierte eine der fünf Kommunen aus. Diese führte keine Nachfassaktion im klassischen Sinn durch, sondern veröffentlichte einen Zeitungsartikel. In diesem Artikel bedankte sich die Kommune bei den Eltern für die rege Teilnahme und forderte die Eltern auf, die sich noch nicht beteiligten, einen Fragebogen auszufüllen. Der Fragebogen stand als Download auf der Seite der Kommune bereit.

3.2.3 Feldzeit

Die Befragungen in den Kommunen wurden in der Zeit vom 10.01.2011 bis 04.03.2011 durchgeführt. Voraussetzung war ein analoger Zeitverlauf über alle Kommunen hinweg, um eine Vergleichbarkeit der Erhebungsphasen zu gewährleisten. Das bedeutet, dass unabhängig vom konkreten Beginn der Erhebung ein 14tägiger Zeitraum für die Ersterhebung in jeder Kommune garantiert war. Für die Nachfassaktionen galt jeweils ein Zeitfenster von ca. zehn Tagen. Auf Grund des zeitlichen Fortschritts der Erhebungsphasen und der Rückläufe mussten die Nachfassaktionen (nach Abstimmung mit dem Forschungsverbund DJI/TU Dortmund) auf nur noch sieben Tage begrenzt werden.

Zwischen den einzelnen Erhebungswellen lagen zwischen fünf Tagen und zwei Wochen. Diese Unterschiede sind darauf zurückzuführen, dass Fragebögen noch weit nach dem Ende des Erhebungszeitraumes eingetroffen sind und die maximale Ausschöpfungsquote vor einer Nachfassaktion erreicht werden sollte. Der Zeitraum für die Beantwortung der Fragebögen aus der Erstversendung endete jeweils an einem Dienstag. Somit erhielten die Eltern die Möglichkeit, den Fragebogen an zwei Wochenenden auszufüllen.

Kommunen	Ersterhebung	Nachfassaktion
Kommune 1	03.02.2011 – 17.02.2011	25.02.2011 – 04.03.2011
Kommune 2	10.01.2011 – 25.01.2011	-- ist entfallen --
Kommune 3	10.01.2011 – 25.01.2011	18.02.2011
Kommune 4	14.01.2011 – 29.01.2011	15.02.2011 – 23.02.2011
Kommune 5	14.01.2011 – 29.01.2011	07.02.2011 – 15.02.2011

Tabelle 4 Feldzeiten für die Erhebungsphasen

Der Beginn der Ersterhebung in Kommune 1 liegt im Vergleich mit den anderen Kommunen zeitlich später. Die Abstimmungen mit dem Datenschutz bzw. dem städtischen Meldewesen verzögerten sich auf Grund von Unstimmigkeiten über die Erhebung verschiedener sozialstatistischer Merkmale innerhalb des Fragebogens.

In Kommune 3 fand die „Nachfassaktion“ in Form eines Zeitungsaufrufes am 18.02.2011 statt.

3.2.3.1 Herausforderungen und Stolpersteine

Zeiträume

In der Reflexion hat sich gezeigt, dass eine Befragungsdauer von 14 Tagen bei der Ersterhebung eher zu gering angesetzt war. Denn auch über den Zeitraum von 14 Tagen hinaus, ging eine Vielzahl von ausgefüllten Fragebögen bei ORBIT ein. Wenn die Durchführung einer Nachfassaktion geplant ist und diese abhängig vom Rücklauf aus der Ersterhebung durchgeführt werden soll, dann empfiehlt sich hier ein Befragungszeitraum von ca. 4 Wochen. In diesem Zeitraum wird der Großteil der Eltern, die an einer solchen Befragung teilnehmen wollen, den Bogen ausgefüllt zurückschicken. Danach ist davon auszugehen, dass nur sehr vereinzelt Fragebögen noch eingehen werden.

Der Zeitraum von einer Woche ist für die Durchführung einer Nachfassaktion durchaus realistisch und hat sich innerhalb der verschiedenen Verfahren bewährt.

3.2.4 Zusammenfassung

Jedes der hier beschriebenen Verfahren hat seine Vor- und Nachteile. Die reine Abwicklung solcher Befragungen über ein externes Institut hat einen erhöhten Abstimmungsbedarf zwischen Kommune und Institut zur Folge. Der weitere Aufwand (ausgenommen die Klärungen mit dem Datenschutz) hält sich für die Kommunen bei diesem Verfahren jedoch in vertretbaren Grenzen.

Laufen der Versand der Briefe (und gegebenenfalls auch der Rücklauf) über die Kommune, ergibt sich hier ein hoher personeller, zeitlicher und somit auch finanzieller Aufwand. Darüber hinaus könnten „Mischformen“, wie beispielsweise Versand der Briefe über die Kommune und Rücklauf an externes Institut eine Alternative sein.

Den Erfolg der verschiedenen Varianten zeigen die nachfolgenden Kapitel.

3.3 Erhebungsinstrument

Allgemein ist zum Fragebogen zu sagen, dass dieser in Anlehnung an AID:A⁸ konstruiert ist - und zwar aus zwei überwiegend forschungspragmatischen Gründen. Zunächst einmal handelt es sich bei der AID:A-Erhebung um eine bereits erprobte Befragung, so dass ein ansonsten notwendiger Pretest entfallen kann. Zum anderen bietet sich so die Möglichkeit, dass die durch die Elternbefragung zu erhebenden kommunalen Ergebnisse mit den repräsentativen Landesergebnissen aus AID:A kontrastiert und so in einen größeren Kontext eingebettet werden können. Bei der Ausrichtung der Elternbefragung an der AID:A-Untersuchung musste jedoch zugleich berücksichtigt werden, dass die AID:A-Untersuchung eine telefonische Befragung war wohingegen die Elternbefragung durch einen schriftlichen Fragebogen umgesetzt wurde – so dass es insgesamt gelingen musste, einen für eine telefonische Befragung konstruierten Fragebogen im Rahmen einer schriftlichen Befragung einsetzen zu können.

Des Weiteren ist zu konstatieren, dass der Fragebogen von seiner Grundstruktur her für alle Kommunen gleich gestaltet wurde. Unterschiede ergeben sich lediglich in folgenden Bereichen:

- Die Abfrage zum sogenannten generellen Betreuungswunsch (s.u.) wurde in unterschiedlicher Weise umgesetzt. So wurde dieser in drei Kommunen tabellenartig mit 2 Fragen abgehandelt (Fragen 7 und 8), in zwei Kommunen hingegen listenartig mit 6 Fragen (Fragen 7-12).
- Die Frage bzw. die betreffenden Antwortkategorien nach dem Wohnort und dem gewünschten Betreuungsort im letzten Teil des Fragebogens (jeweils drittletzte bzw. zweitletzte Frage) variieren von Kommune zu Kommune, da hier als Antwortkategorien Städte, Stadtteile, Gemeinden etc. der jeweiligen Kommune vorgegeben sind.
- In einer Kommune sind einige Fragen zum Haushalt bzw. zur familialen Lebenssituation auf Wunsch des dortigen Meldeamtes aus dem Fragebogen entfernt worden. Dies sind insgesamt 5 Fragen (normalerweise Fragen 16-20) zu Alter, Geschlecht, Schulabschluss, Partnerschaft und Art der Partnerschaft des Befragten (in der Regel die Mutter des Kindes).

⁸ Der DJI-Survey "Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten", kurz AID:A, erhebt Daten zum Aufwachsen und Leben von Kindern und Jugendlichen sowie zu den Lebensbedingungen und -lagen von Erwachsenen und Familien in Deutschland. Er wird in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) vom Deutschen Jugendinstitut in regelmäßigen Abständen durchgeführt. Ziel der Studie ist es, Faktoren und Konstellationen zu beschreiben, die den Lebenslauf von Individuen prägen und beeinflussen. Neben persönlichen Einflüssen – wie individuellen Kompetenzen und Fähigkeiten, Werten, subjektiven Deutungen und Zukunftsvorstellungen des Einzelnen sowie konkreten Aktivitäten – werden die sich verändernden kontextualen sowie gesellschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt, mit denen Individuen sich heute auseinandersetzen müssen. Die Stichprobe der Ersterhebung von AID:A aus dem Jahre 2009 umfasst 25.000 Zielpersonen in getrennten Haushalten in 300 Gemeinden, wobei Daten zu Personen im Alter von 0 bis 55 Jahren erhoben wurden. Als Erhebungsinstrument kamen – wie bereits in der DJI-Methodenstudie – computergestützte Telefoninterviews zum Einsatz.

Unabhängig von diesen Differenzen ist der Fragebogen über alle Kommunen hinweg identisch in 4 Themenblöcke unterteilt: Zunächst wird die aktuelle Betreuungssituation abgefragt, danach folgt ein kurzer Themenblock zum aktuellen Betreuungswunsch. Darauf folgt ein Block zum generellen Betreuungswunsch (unabhängig von der konkreten Situation) und schließlich werden Fragen zum Haushalt bzw. zur familiären Lebenssituation gestellt:

- **Aktuelle Betreuungssituation:** In diesem Themenblock werden Fragen zum Alter des Kindes, zu den Betreuungspersonen und -orten, zur erstmaligen Nutzung von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sowie zum Betreuungsumfang gestellt. Bei den Fragen zur aktuellen Betreuungssituation geht es dabei auch um die Einführung in bzw. Einstimmung auf das Thema. Von daher wurde die Frage 2 so formuliert, dass es keine Fokussierung auf institutionalisierte Betreuungsformen gibt. Zudem wurde darauf geachtet, dass bei der Auswertung zwischen Nutzern/innen und Nicht-Nutzern/innen von externen Betreuungsformen - gerade auch im Hinblick auf familienbezogene Merkmale - unterschieden werden kann. Diese Unterscheidung erlaubt im Abgleich mit verfügbaren amtlichen Daten zur kommunalen Betreuungsquote eine Überprüfung der Stichprobe im Hinblick auf die Verteilung nach Nutzern/innen und Nicht-Nutzern/innen, erlaubt also der Frage nachzugehen, ob bspw. Eltern mit einer Betreuung in der Elternbefragung über- oder unterrepräsentiert sind. Es ist nämlich davon auszugehen, dass eine der beiden Gruppen stärker motiviert ist, an einer solchen Befragung teilzunehmen. Dies wiederum hätte zur Folge, dass eine Gewichtung der Stichprobe vorgenommen werden muss. In Frage 3 (‚erstmaligen Nutzung‘) geht es darum, wie lange das Kind schon eine Kindertageseinrichtung bzw. eine Tagesmutter besucht bzw. in welchem Alter es erstmals eine Kindertageseinrichtung bzw. eine Tagesmutter besucht hat.
- **Aktueller Betreuungswunsch:** Hier werden alle Eltern – unabhängig davon, ob sie zu den Nutzern/innen oder Nicht-Nutzern/innen gehören – gefragt, ob sie sich aktuell für ihr Kind eine Betreuung wünschen und wie die Betreuungszeiten dann aussehen sollten. Im Unterschied zum Themenblock „genereller Betreuungswunsch“ (s. u.) ist der aktuelle Betreuungswunsch abhängig der persönlichen bspw. beruflichen Lebenssituation und vom kommunalen Angebot. Hier wird also berücksichtigt, dass in den meisten Kommunen eine Angebotsknappheit herrscht. Demgegenüber wird beim generellen Betreuungswunsch unterstellt, dass ausreichend Wunsch-Angebote vorhanden sind. Konkret geht es im Themenblock ‚aktueller Betreuungswunsch‘ um die gewünschten Betreuungszeiten, also um die Wochentage, an denen eine Betreuung gewünscht wird (auch am Wochenen-

de) sowie um die zeitliche Lage der Betreuung an diesen Tagen. Erfragt werden zudem die Notwendigkeit einer Über-Mittag-Betreuung und einer Ferienbetreuung sowie die Erreichbarkeit der Einrichtung bzw. Tagespflege. Dieser Themenblock verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele: bei den Nutzern/innen soll die Passung zwischen (aktueller) Betreuungssituation und (aktuellem) Betreuungswunsch überprüft werden. Bei den Nicht-Nutzern/innen hingegen sollen detailliertere Informationen (als dies bei den Fragen zum generellen Betreuungswunsch möglich ist) zur zeitlichen Lage des gewünschten Betreuungsangebotes eingeholt werden.

- **Genereller Betreuungswunsch:** Der gesamte Fragenblock dient der Ermittlung von Betreuungs-Quoten – und zwar sowohl für unter Dreijährige insgesamt als auch differenziert nach Altersjahren. Besonders wichtig ist dabei die ‚Generalisierung‘ der Fragestellung. Diese besagt, dass alle Eltern unabhängig vom aktuellen Alter ihres Kindes die Fragen zum Betreuungswunsch für jedes, im Grunde genommen mögliches, Altersjahr ihres Kindes beantworten. Dies führt insgesamt dazu, dass eine Erhöhung bzw. Ausweitung Stichprobe bzw. der Vergrößerung der Fallzahl erfolgt, da nunmehr pro Kind nicht nur Aussagen zu einem Lebensjahr vorliegen, sondern zu drei Altersjahren. Ein solches Vorgehen ist insbesondere auch deshalb möglich, weil – wie bspw. aus der AID:A-Untersuchung bekannt - Betreuungswünsche von Eltern relativ unabhängig vom konkreten Alter der Kinder zum Befragungszeitpunkt sind.
- **Fragen zum Haushalt/zur Familie:** Am Ende des Fragebogens werden Fragen zum Haushalt bzw. zur familiären Lebenssituation gestellt. Dies geschieht insbesondere deshalb nicht zu Anfang des Fragebogens, da eine höhere Akzeptanz sehr persönlicher Auskünfte gerade am Ende des Fragebogens zu erreichen ist. Ausgewählt wurden dabei Merkmale, von denen auch aus anderen Studien bekannt ist, dass sie einen Einfluss auf den Betreuungswunsch ausüben. Hierzu zählen etwa der Erwerbsstatus und der Beschäftigungsumfang der Eltern(teile), die Anzahl der Geschwisterkinder, das Bildungsniveau der Eltern(teile) (operationalisiert über den Schulabschluss), der Migrationsstatus (operationalisiert über die Umgangssprache in der Familie) und schließlich die Wohnlage (als wichtige Planungsgröße). Schließlich endet der Fragebogen mit einer offenen Frage, in welcher die Eltern Hinweise bzw. Anregungen formulieren können.

3.4 Daten

Nach Beendigung der Feldphase wurden die Daten einheitlich aufbereitet und mit der Auswertung begonnen. Um feststellen zu können, welches Verfahren den größten Rücklauf brachte, wird der Rücklauf aus der Ersterhebung und der Nachfassaktion in den nachfolgenden Tabellen dargestellt.

Überblick über alle Kommunen mit allen relevanten Daten:

Kommunen	Anzahl und Art der Nachfassaktion (durchgeführt)	Verschickung durch/Rücklauf an	Anzahl unter 3-Jährige	Stichprobe	Rücklauf Ersterhebung		Rücklauf Nachfassaktion	
					erwartet	realisiert	erwartet	realisiert
Kommune 1	Ersterhebung als Stichprobe; 1 unspezifische Nachfassaktion mit Erinnerungsanschriften	ORBIT/ORBIT	5.980	3.000	1.050	734 (24%)	450	231 (8%)
Kommune 2	Ersterhebung als Vollerhebung; keine spezifische Nachfassaktion, da Rücklauf über 35%	Jugendamt/ORBIT	1.206	1.206	422	543 (45%)	-- entfällt --	-- entfallen --
Kommune 3	Ersterhebung als Vollerhebung, keine Nachfassaktionen sondern Pressemitteilung	Landratsamt/ Landratsamt	5.306	5.306	1.873	2.811 (53%)	803	16 (0%)
Kommune 4	Ersterhebung als Stichprobe; 1 unspezifische Nachfassaktion mit Fragebogen	Jugendamt/ORBIT	6.331	3.000	1.050	754 (25%)	450	115 (4%)
Kommune 5	Ersterhebung als Vollerhebung; 1 spezifische Nachfassaktion mit Fragebogen	ORBIT/ORBIT	1.361	1.361	525	562 (41%)	225	122 (9%)

Tabelle 5 Rücklaufzahlen aus der Ersterhebung

Kommunen	Anzahl unter 3-Jährige	Stichprobe	Ausschöpfungsquote	realisierte Stichprobe	Anzeige / Incentives
Kommune 1	5.980	3.000	965 (32%)	965 (16%)	nein /nein
Kommune 2	1.206	1.206	543 (45%)	543 (45%)	ja/nein
Kommune 3	5.306	5.306	2.827 (53%)	2.827 (53%)	ja/ja
Kommune 4	6.331	3.000	869 (29%)	869 (14%)	ja/nein
Kommune 5	1.361	1.361	684 (50%)	684 (50%)	nein /ja

Tabelle 6 Überblick Quoten

3.4.1 Bewertung der Verfahren

Um eine fundierte Bewertung der verschiedenen Verfahren durchführen zu können, wurden insgesamt acht Bewertungskriterien festgelegt. Folgende Aspekte fließen in die Bewertung der Verfahren ein:

- Art der Erhebung;
- Anschreiben;
- Versand und Rücklauf über Kommune oder externes Institut;
- Einbeziehung der örtlichen Presse;
- Durchführung der Nachfassaktionen;
- Veränderungen im Fragebogen;
- Zeitungsaufrufe;
- Verlosungen.

Art der Erhebung: Vollerhebung vs. Teilerhebung

Mit den Vollerhebungen wurden innerhalb der Befragungen die höchsten Rücklaufquoten erzielt. Dies spricht zunächst *für* die Durchführung von Vollerhebungen. Betrachtet man die Daten jedoch genauer, ist der hohe Rücklauf kein Indiz für die Repräsentativität der Daten (vgl. auch Kapitel 4.2.). In allen Kommunen mussten spezielle Gewichtungsfaktoren errechnet werden, um ein repräsentatives Abbild der Grundgesamtheit (aus den gewonnenen Daten) zu erreichen. Aus diesem Grund soll hier keine Bewertung zugunsten für Vollerhebungen und gegen Teilerhebungen stattfinden. Wie bereits mehrfach erwähnt, müssen die Kommunen die Art der Befragung nach internen Kriterien (wie Kosten, Personalaufwand) klären. Lediglich objektiv betrachtet, ergaben die Vollerhebungen einen höheren Rücklauf.

Versand und Rücklauf über Kommune oder externes Institut

Eine gesicherte Aussage darüber, welche Variante die bessere ist, (Versand und Rücklauf über Kommune und/oder externes Institut) kann nicht getroffen werden. Lief der Versand über ORBIT wurden Ausschöpfungsquoten von bis zu 51% erreicht – lief der Versand über die Kommune selbst wurden Ausschöpfungsquoten von bis zu 53% erreicht. Vielmehr scheint es eine Frage zu sein, ob die Kommunen den Aufwand für die eigenständige Durchführung einer solchen Befragung übernehmen können oder wollen.

Einbeziehung der örtlichen Presse

Die Einbeziehung der örtlichen Presse⁹ kann durchaus einen positiven Einfluss auf das Antwortverhalten der befragten Eltern haben. In den beiden Kommunen mit den

⁹ Zum Beispiel in der Tageszeitung oder im Amtsblatt

höchsten Rückläufen wurden im Vorfeld der Befragung Pressemitteilungen veröffentlicht. In einer Kommune dagegen hatte die Veröffentlichung eines Artikels keinen großen Einfluss. Dieser wurde in der Tageszeitung gedruckt.

Durchführung von Nachfassaktionen – spezifisch oder unspezifisch

Insgesamt ist festzustellen, dass die Nachfassaktionen in allen Kommunen nur einen sehr geringen Rücklauf erreichten. Deshalb ist hier für künftige Befragungen genau das Aufwand-Nutzen-Verhältnis abzuwägen und zu überlegen, ob eine Nachfassaktion tatsächlich notwendig ist. Pressemitteilungen auf der Homepage der Kommune haben dabei kaum einen nennenswerten Erfolg.

Falls die Kommunen sich für eine Nachfassaktion entscheiden, gibt es zwischen spezifischen und unspezifischen Nachfassaktionen kaum Unterschiede. Ein leicht höherer Rücklauf ist in einer Kommune mit einer spezifischen Nachfassaktion zu verzeichnen. Darüber hinaus scheint der Versand von einfachen Erinnerungsschreiben erfolgversprechender als die nochmalige Versendung des Fragebogens. Auch hier muss die Aufwand-Nutzen-Korrelation abgewogen werden.

Veränderungen im Fragebogen

Methodische Veränderungen im Fragebogen (Darstellung von Fragen als Tabelle oder Liste) haben keinen Einfluss auf den Rücklauf. Einen Einfluss auf das Antwortverhalten hatte dieser methodische Wechsel ebenfalls nicht. In beiden Fragebogenarten mussten die entstandenen Variablen umcodiert werden, um in die Auswertung einbezogen zu werden.

Verlosung von Gutscheinen

Die Verlosung von Gewinnen scheint einen sehr hohen Einfluss auf den Rücklauf der Befragung zu haben. In den beiden Kommunen, in denen jeweils Incentives eingesetzt wurden, sind die höchsten Rückläufe zu verzeichnen.

3.4.2 Zusammenfassung

Die hier vorgestellten Aspekte hatten einen unterschiedlichen Einfluss auf das Gelingen (im Sinne von hohen Rücklaufquoten) auf die Befragungen. Festzustellen ist, dass die Verlosung von Gutscheinen, die Vorinformation an die Eltern durch eine Pressemitteilung sowie die Unterschrift einer hochrangigen Person auf dem Anschreiben einen gewissen Einfluss auf den Erfolg einer Befragung haben.

4 AUSWERTUNG UND STRATEGIEN

Mit den gewonnenen Daten liegt für jede Kommune umfassendes Material für die Berechnung von Betreuungswünschen und -bedarfen von Eltern mit Kindern unter drei Jahren vor. Für die Auswertung standen folgende Fragen im Mittelpunkt:

- Welche Daten sind für den/die Jugendhilfeplaner/in für die weitere Planung von Betreuungsplätzen notwendig?
- Wie müssen die Daten innerhalb der Auswertung dargestellt werden, um die Informationen schnell und unkompliziert erfassen zu können?

Die Auswertungen fanden in einem ausführlichen und diskursiven Abstimmungsprozess zwischen dem DJI, dem Forschungsverbund DJI/TU Dortmund und ORBIT statt. Unter Berücksichtigung der oben genannten Fragestellungen ergab sich folgendes Vorgehen bei der Auswertung:

	Fragen	Auswertung nach ...
Aktuelle Betreuungssituation	<ul style="list-style-type: none"> • Wie wird Ihr Kind normalerweise betreut? (Frage 2) 	<ul style="list-style-type: none"> • Auswertung nach sozialstatistischen Merkmalen, wie Alter des Kindes; Partnerschaft; Erwerbstätigkeit; Schulabschluss und Migration • Differenzierung nach Befragten mit aktueller Betreuung und ohne aktuelle Betreuung • Häufig nur noch Darstellung der Befragten mit aktueller Betreuung (auf Grund der Übersichtlichkeit) • <i>Berücksichtigung der Gewichtung¹⁰</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • In welchem Alter wurde Ihr Kind erstmals in einer Kindertageseinrichtung oder bei einer Tagesmutter betreut? (Frage 3) • An wie vielen Tagen pro Woche wird Ihr Kind normalerweise in der Kindertageseinrichtung bzw. bei der Tagesmutter betreut? (Frage 4) • Wie viele Stunden pro Woche wird Ihr Kind normalerweise in der Kindertageseinrichtung bzw. bei der Tagesmutter betreut? (Frage 5) 	<ul style="list-style-type: none"> • Auswertung nach sozialstatistischen Merkmalen, wie Alter des Kindes; Partnerschaft; Erwerbstätigkeit; Schulabschluss und Migration • <i>keine Berücksichtigung der Gewichtung, da nur die Befragten mit aktueller Betreuung ausgewertet wurden</i>

Tabelle 7 Auswertung der aktuellen Betreuungssituation

¹⁰ Ausführungen zum Thema Gewichtung im Kapitel 4.2

	Fragen	Auswertung nach ...
Aktueller Betreuungswunsch	<ul style="list-style-type: none"> • Wenn es nur nach Ihren Bedürfnissen gehen würde, für welche Tage und zu welchen Zeiten würden Sie sich aktuell ein Betreuungsangebot wünschen? (Frage 6) • Nutzung einer Mittagsversorgung (Frage 6a) • Nutzung von Ferienbetreuung (Frage 6b) • Erreichbarkeit der Betreuungseinrichtung (Frage 6c) 	<ul style="list-style-type: none"> • Auswertung nach gewünschten Öffnungs- und Schließzeiten • Wunschbetreuungsstunden (pro Woche insgesamt; pro Wochentag; pro Wochentag im Durchschnitt) • Wunsch nach Mittagsversorgung und Ferienbetreuung • Erreichbarkeit der Betreuung <p>• <i>Berücksichtigung der Gewichtung</i></p>

Tabelle 8 Auswertung des aktuellen Betreuungswunsches

	Fragen	Auswertung nach ...
Genereller Betreuungswunsch	<ul style="list-style-type: none"> • Einmal ganz abgesehen davon, wie alt Ihr Kind ist und wie es momentan betreut wird: Wenn Sie zwischen Kindertageseinrichtung und Tagespflege frei wählen könnten, wie würden Sie eine solche Kinderbetreuung abhängig vom Alter der Kinder am liebsten organisieren? (Fragen 7;9;11) • Wie viele Stunden pro Woche sollte Ihr Kind im ersten Lebensjahr; im zweiten Lebensjahr; im dritten Lebensjahr in einer Kindertageseinrichtung oder bei einer Tagesmutter betreut werden? (Fragen 8;10;12) 	<ul style="list-style-type: none"> • Berechnung der Betreuungswünsche nach sozialstatistischen Merkmalen, wie Altersjahrgänge; Erwerbstätigkeit; Gemeinden • Berechnung der Wunschbetreuungsstunden pro Woche <p>• <i>Berücksichtigung der Gewichtungsfaktoren</i></p> <p>• <i>Berücksichtigung der AID:A-Korrekturfaktoren¹¹</i></p>

Tabelle 9 Auswertung des generellen Betreuungswunsches

Für die Auswertung wurden einige der im Fragebogen aufgeführten Fragen zu handhabbaren Variablen umcodiert. Im Folgenden werden diese Variablen genauer vorgestellt:

¹¹ Ausführungen zu den AID:A-Korrekturfaktoren siehe Kapitel 4.2

Altersjahrgänge der Kinder

Für die Berechnung der Altersjahrgänge wurden für die unter 1-Jährigen alle Kinder berücksichtigt, die zwischen einem Monat und elf Monaten alt waren. Die 1-Jährigen umfasst die Altersspanne der 1-Jährigen bis ein Jahr und elf Monate. In die Kategorie der 2-Jährigen fallen alle Kinder, die zwei Jahre bis drei Jahre und maximal zwei Monate alt sind. Hier wurde die Kategorie etwas erweitert, um die Zeitspanne der Auswahl der Adressdaten, bis hin zur Beantwortung des Fragebogens auszugleichen. Eltern, die zum Stichtag in die Kategorie der Eltern mit Kindern unter drei Jahren gefallen sind, sind im Verlauf der Befragung älter geworden sein.

Partnerschaft

Innerhalb der Variable „Partnerschaft“ wurde unterschieden zwischen „Ehe“, „eheähnliche Lebensgemeinschaft“; „Partnerschaft mit getrennten Wohnungen“ und „Alleinerziehende“. Die ersten drei Kategorien wurden entsprechend im Fragebogen abgefragt. Für die Kategorie „Alleinerziehende“ wurden alle die Befragten berücksichtigt, die angegeben haben in keiner Partnerschaft zu leben.

Erwerbstätigkeit

Die Erwerbstätigkeit wurde sowohl für den Befragten als auch gesondert für den/die Partner/in abgefragt. Durch Umcodierung ergibt sich nun eine Variable „Erwerbstätigkeit“ mit folgenden Ausprägungen: „beide bzw. Alleinerziehende/r erwerbstätig“ (Kategorie eins); „einer erwerbstätig“ (Kategorie zwei); keiner bzw. Alleinerziehende/r nicht erwerbstätig“ (Kategorie drei). Erwerbstätig sind alle die, die Vollzeit (bis 35 Stunden/Woche) bzw. Teilzeit (unter 35 Stunden/Woche) arbeiten; sowie die, die sich in einer schulischen oder beruflichen Ausbildung befinden. Unter die Kategorie „nicht erwerbstätig“ sind alle die Befragten zusammengefasst, die in „Mutterschutz“ oder „Elternzeit“ sind bzw. sich selbst als „nicht erwerbstätig“ eingestuft haben.

Um auch hier die Alleinerziehenden zu berücksichtigen, wurden die, die in keiner Partnerschaft leben und „erwerbstätig“ sind der Kategorie 1 zugeordnet und die Alleinerziehenden, die in „Mutterschutz oder Elternzeit“ sind bzw. keinem Beruf nachgehen der Kategorie drei zugeordnet.

Aktuelle Betreuungssituation

Für die aktuelle Betreuungssituation ergibt sich, dass unter die Kategorie „ausschließlich von mir oder meinem Partner“ nur die Befragten fallen, die keine andere der aufgeführten Betreuungsvarianten (in einer Kindertageseinrichtung; bei einer Tagesmutter, von den Großeltern; von einer anderen Person) in Anspruch nehmen. Die Perso-

nen, die ihr Kind in einer Kindertageseinrichtung betreuen lassen (egal ob zusätzlich bei einer Tagesmutter oder Großeltern oder von einer anderen Person) wurden dieser Kategorie zugeordnet.

Befragte, die angegeben haben, die Betreuung durch eine Tagesmutter realisieren zu lassen, wurden dann dieser Kategorie zugeführt, wenn sie keine zusätzliche Betreuung in einer Kindereinrichtung nutzen (aber unabhängig davon, ob die Betreuung durch die Großeltern oder von anderen Personen durchgeführt wird). Betreuung durch die Großeltern findet dann statt, wenn keine Betreuung in einer Kindereinrichtung oder bei einer Tagesmutter genutzt wird (aber unabhängig davon, ob noch andere Personen die Betreuung übernehmen). Die restlichen Antworten, sind die Befragten, die ihr Kind von anderen Personen betreuen lassen (z.B. durch Au pair u.ä.)

4.1 Betreuungswünsche

Will man sich dem Betreuungswunsch von Eltern nähern, muss man sich vorweg verdeutlichen, dass in den vorherrschenden (sozial-)wissenschaftlichen Theorien, Diskursen und empirischen Studien zahlreiche Begrifflichkeiten zu dieser Thematik kursieren, die es auseinander zu halten gilt. Dabei wird überwiegend zwischen „Bedürfnis“, „Bedarf“ und „Nachfrage“ unterscheiden (vgl. im Folgenden Diskowski¹²): So ist Bedürfnis zunächst einmal der Wunsch, einen erlebtem Mangel abzuhefen, wobei das Bedürfnis subjektiv, mehr oder weniger konkret und einfach da ist – und all' dies, ob es nun als gerechtfertigt gilt oder nicht. Im Gegensatz dazu wird beim Bedarf, welcher auch als normativ zu begreifen ist, durchaus bewertet, ob dieser gerechtfertigt ist oder ob nicht. Von daher ist Bedarf das, was an Bedürfnissen anerkannt und ggf. als politisch gewollt oder gar künftig finanzierbar definiert wird (vgl. Wiesner 2006¹³). Die Nachfrage schließlich ist das tatsächlich artikulierte Bedürfnis, wobei sie für gewöhnlich vom Bedarf und noch mehr vom Bedürfnis abweicht. In diesem Zusammenhang muss im Hinblick auf die vorliegende Elternbefragung zudem noch zwischen „Wunsch“ und tatsächlich realisierter Nachfrage unterschieden werden. Während „Wunsch“ eher zwischen Bedürfnis und Bedarf anzusiedeln ist, berücksichtigt der Begriff der tatsächlichen Nachfrage, dass - und zwar aus verschiedenen Gründen – nicht jede Nachfrage auch umgesetzt bzw. realisiert wird.

Entscheidend im Rahmen der vorliegenden Elternbefragung ist nun, dass für eine Planung nicht die rein geäußerten (Betreuungs-)Wünsche der Elternbefragung herangezogen werden dürfen, da erfahrungsgemäß nicht alle Wünsche zu einem tatsächlichen Bedarf führen. Oder anders formuliert: die in der Elternbefragung gewünschten Be-

¹² Diskowski, Detlef: Ausbau u3 auf unterschiedlichen Wegen. Angebote für Kinder und Eltern als Teil der Kindertagesbetreuung, In: Christian Bethke und Sonja Adelheid Schreiner (Hrsg.) (2009): Die Jüngsten kommen. Kinder unter drei in Kindertageseinrichtungen.

¹³ Wiesner, R. (2006): SGB VIII, 3. Auflage. München

treuungsquoten liegen über dem, was später tatsächlich auch zu einem tatsächlichen Bedarf führt. Allerdings können die in der Elternbefragung geäußerten Wünsche korrigiert werden. Dies geschieht in der vorliegenden Untersuchung durch einen Abgleich der in der AID:A-Untersuchung geäußerten Betreuungsquote aller Befragten aus Sachsen-Anhalt mit der tatsächlichen (durch die amtlichen Statistik bestätigten) Betreuungsquote in Sachsen-Anhalt als einem Bundesland, in dem ab Geburt ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz besteht. So konnten altersspezifische Faktoren für unter Einjährige, Ein- und Zweijährige ermittelt werden, die bezüglich des Betreuungswunsches zu korrigierten Werten führen. Diese korrigierten Daten sind die Planung einzig und allein relevanten Werte.

4.2 Gewichtung

4.2.1 Gewichtungsfaktoren

Ziel einer jeden Befragung ist es, dass die gewonnenen Daten Rückschlüsse und Aussagen (also ein repräsentatives Abbild) der zugrundeliegenden Menge an Personen (hier: *alle Eltern mit Kindern unter drei Jahren*) gewährleisten. Zur Überprüfung der Repräsentativität wurden zunächst die Daten aus der Statistik zur aktuellen Betreuung mit der Stichprobe der Befragung verglichen:

In allen Kommunen hat sich beim Vergleich der Daten gezeigt, dass die Personen die aktuell eine öffentliche Betreuung nutzen, überproportional geantwortet haben. Das heißt, die Antworten dieser Personen liegen häufiger vor, als von den Personen, die aktuell keine öffentliche Betreuung nutzen. Andere Studien haben gezeigt, dass jedoch die Nutzung einer aktuellen öffentlichen Betreuung einen Einfluss auf das Antwortverhalten bei Fragen nach zukünftigen Betreuungswünschen haben kann. Aus diesem Grund muss hier ein Ausgleich bzw. eine Annäherung an die Grundgesamtheit stattfinden, um eine Verzerrung der Ergebnisse zu verhindern.

Mit Hilfe von Gewichtungsfaktoren wird die überrepräsentierte Gruppe der Eltern mit aktueller öffentlicher Betreuung der Realität angenähert. Die Berechnung der Gewichtungsfaktoren wurde für jede Kommune separat durchgeführt.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten Gewichtungsfaktoren zu berechnen. Für *betreute Kinder* wurde folgende Formel angewandt:

$$\frac{(\text{Anzahl des Rücklaufs aus der Befragung}) / (\text{Anzahl der betreuten Kinder in der Befragung})}{(\text{Anzahl betreute Kinder aus Statistik} / \text{Gesamtanzahl der Kinder unter 3 Jahren aus Statistik})}$$

Bei Anwendung der Formel ändern sich die absoluten Zahlen für betreute Kinder.

Für *nicht betreute Kinder* wurde folgende Formel angewandt:

$$\left(\frac{\text{Anzahl des Rücklaufs aus der Befragung}}{\text{Anzahl der nicht-betreuten Kinder in der Befragung}} \right) \cdot \left(\frac{\text{Anzahl nicht-betreute Kinder aus Statistik}}{\text{Gesamtanzahl der Kinder unter 3 Jahren aus Statistik}} \right)$$

Bei Anwendung der Formel ändern sich die absoluten Zahlen für nicht-betreute Kinder. Beispielhaft soll für eine Kommune die Berechnung der Gewichtungsfaktoren an dieser Stelle durchgeführt werden:

Aus der Statistik (absolute Angaben)			Aus der Befragung (absolute Angaben)		
betreute Kinder (NB)	nicht betreute Kinder (NNB)	GESAMT (N)	betreute Kinder (nb)	nicht-betreute Kinder (n nb)	GESAMT (n)
1.328	4.035	5.363	991	1.836	2.827

Berechnung für betreute Kinder

Formel:

$$n/nb \cdot NB/N = 2.827/991 \cdot 1.328/5.363 = \underline{\underline{0,7064}}$$

$$991 \cdot 0,7064 = 700$$

2.827 (Gesamt Rücklauf)	700 (neuer Wert)
100	~ 25%

Der Gewichtungsfaktor für betreute Kinder liegt bei 0,7064. Damit ergibt sich eine neue absolute Zahl von N=700 betreuten Kindern (vorher: 991). Das bedeutet, dass die Aussagen der Eltern mit öffentlich betreuten Kindern nur noch mit ca. 71% in das Ergebnis eingehen.

Berechnung für nicht-betreute Kinder:

Formel:

$$n/nnb \cdot NNB/N = 2.827/1.836 \cdot 4.035/5.363 = \underline{\underline{1,159}}$$

$$1.836 \cdot 1,159 = 2.127$$

2.827 (Gesamt Rücklauf)	2.127 (neuer Wert)
100	~ 75%



Der Gewichtungsfaktor für nicht betreute Kinder liegt bei 1,159. Damit ergibt sich eine neue absolute Zahl von $N=2.127$ nicht betreuten Kindern (vorher: 1.836). Das bedeutet, dass alle Aussagen der Eltern mit nicht öffentlich betreuten Kindern nun mit ca. 116% in das Ergebnis eingehen. Der Gesamtrücklauf bleibt auch nach der Gewichtung mit $N=2.827$ ($700+2.127$) dem ursprünglichen Rücklauf gleich!

4.2.2 Korrekturfaktoren AID:A

Wie bereits unter 4.1 (Betreuungswünschen) ausführlich dargestellt wurde, liegen die geäußerten Betreuungswünsche der Eltern in der Regel über dem tatsächlichen Betreuungsbedarf. Daraus resultiert, dass die errechneten Betreuungsquoten (neben der durchgeführten Gewichtung) wiederum korrigiert werden müssen. Die aus der AID:A-Untersuchung entwickelten Korrekturfaktoren für die einzelnen Altersjahrgänge müssen demnach an den entsprechenden Stellen zur Berechnung der Betreuungsquoten einfließen und führen bezüglich des Betreuungswunsches zu korrigierten Werten, die für die Planung relevant sind:

- Altersgruppe der unter 1-Jährigen: Faktor 0,78
- Altersgruppe der 1-Jährigen: Faktor 0,8
- Altersgruppe der 2-Jährigen: Faktor 0,82.

5 EINSATZ VON STUDENTISCHEN HILFSKRÄFTEN UND QUALITÄTSSICHERUNG

Insgesamt 15 studentische Hilfskräfte kamen für die Eingabe der Daten in das Statistikprogramm SPSS zum Einsatz. Alle eingesetzten Studenten/innen verfügten bereits über vielfältige Erfahrungen im Umgang mit SPSS. Einige der Hilfskräfte sind bereits seit einigen Jahren bei ORBIT für die Eingabe von Daten in SPSS zuständig.

Zu Beginn der Dateneingabe führten Mitarbeiter/innen von ORBIT eine mehrstündige Schulung mit allen Hilfskräften durch. Dabei wurde zunächst der Fragebogen in seinen verschiedenen Varianten erläutert und diskutiert. Im nächsten Schritt erfolgte anhand bereits eingegangener Fragebögen die Übung der Eingabe der Daten. Dabei wurde auf besondere Fragestellungen (Filterfragen) eingegangen.

Im Anschluss gaben alle Hilfskräfte eigenständig einige Fragebögen ein, wobei die Mitarbeiter/innen von ORBIT hierbei unterstützend zur Seite standen.

Durchschnittlich gab jede Hilfskraft ca. 390 Fragebögen ein. Die mittleren Bearbeitungszeiten pro Bogen lagen bei ca. zwei Minuten für die Eingabe.

Die Überprüfung der eingegebenen Daten erfolgt in einem ersten Schritt durch die Eingabe/innen selbst und in einem zweiten Schritt nochmals durch Mitarbeiter/innen von ORBIT. Bei fehlerhaften Einträgen wurde anhand des Fragebogens die Eingabe überprüft und korrigiert. Um dies handhabbar zu machen, wurden alle Bögen mit laufenden Nummern versehen und nach den beteiligten Kommunen sortiert abgelegt.

Alle Daten pro Kommune wurden anschließend in jeweils eine SPSS-Maske zusammengefügt, so dass am Ende fünf Masken (pro Kommune eine) vorlagen. Die Originaldaten der Hilfskräfte stehen ebenfalls zur Verfügung.

Im Vorfeld der Eingabe der Daten unterschrieben alle Hilfskräfte eine Datenschutzerklärung, in der sie sich verpflichteten, keine Daten an dritte Personen weiterzugeben und Verschwiegenheit zu bewahren.

5.1 Herausforderungen und Stolpersteine

Statistikprogramm SPSS

Bei der Fülle an Daten sollte unbedingt ein Statistikprogramm Anwendung finden. Eine Auswertung in Excel stellt auf Grund der großen Datenmengen möglicherweise Probleme dar. Darüber hinaus verfügen viele Kommunen lediglich über kostenlose Opensource-Varianten. Die Verwendung von SPSS ermöglicht eine Reihe von Auswertungen, die über Excel nicht in Gänze oder nur sehr aufwändig realisierbar sind.

6.2 Fragebogen am Beispiel

Datenschutzinformation

Sehr geehrte Eltern,

die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig. Die Befragung wird unter Beachtung der entsprechenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen des Sozialgesetzbuches VIII und X anonym durchgeführt. Bitte achten Sie darauf, dass Sie auf den Fragebogenunterlagen und dem Rückumschlag keine Angaben zu Ihrer Person machen. Die Auswertung der Fragebögen erfolgt in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dortmund, dem Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/TU Dortmund und dem Organisationsberatungsinstitut Thüringen.

Fragen zur aktuellen Betreuungssituation

1. **Wie alt ist Ihr Kind?** ____ Jahre und ____ Monate

2. **Wie wird Ihr Kind normalerweise betreut?** [Mehrfachnennungen sind möglich.]

- Ausschließlich von mir oder meinem Partner
- In einer Kindertageseinrichtung (z. B. Krippe, Kindergarten, Kindertagesstätte)
- Bei einer Tagesmutter
- Von den Großeltern
- Von einer anderen Person (z.B. Kindermädchen, Au Pair)

Wenn das Kind nicht in einer Kindertageseinrichtung und nicht von einer Tagesmutter betreut wird, bitte weiter mit Frage 6.

3. **In welchem Alter wurde Ihr Kind erstmals in einer Kindertageseinrichtung oder bei einer Tagesmutter betreut?**

	In einer Kindertageseinrichtung	Bei einer Tagesmutter
Im Alter von unter einem Jahr	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Im Alter von 1 bis unter 2 Jahren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Im Alter von 2 bis unter 3 Jahren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

4. **An wie vielen Tagen pro Woche wird Ihr Kind normalerweise in der Kindertageseinrichtung bzw. bei der Tagesmutter betreut?**

____ Tage pro Woche

5. **Wie viele Stunden pro Woche wird Ihr Kind normalerweise in der Kindertageseinrichtung bzw. bei der Tagesmutter betreut?**

____ Stunden pro Woche

Fragen zum aktuellen Betreuungswunsch

6. Wenn es nur nach Ihren Bedürfnissen gehen würde, für welche Tage und zu welchen Zeiten würden Sie sich aktuell ein Betreuungsangebot wünschen?

Ich wünsche mir aktuell keine Betreuung. [Bitte weiter mit Frage 7.]

Ich wünsche mir an folgenden Tagen und zu folgenden Zeiten eine Betreuung:

[Bitte tragen Sie die entsprechenden Zeiten für jeden Tag ein und beantworten Sie bitte auch die Fragen 6a-6c.]

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
Ab	___ Uhr	___ Uhr	___ Uhr	___ Uhr	___ Uhr	___ Uhr	___ Uhr
Bis	___ Uhr	___ Uhr	___ Uhr	___ Uhr	___ Uhr	___ Uhr	___ Uhr

6.a Dabei wünsche ich auch eine Mittagsbetreuung: ja nein

6.b Dabei wünsche ich auch eine Ferienbetreuung: ja nein

6.c Die Betreuung sollte in ___ Minuten erreichbar sein.

Fragen zum generellen Betreuungswunsch

7. Einmal ganz davon abgesehen, wie alt Ihr Kind ist und wie es momentan betreut wird: Wenn Sie zwischen Kindertageseinrichtung und Tagesmutter frei wählen könnten, wie würden Sie eine solche Kinderbetreuung abhängig vom Alter der Kinder am liebsten organisieren? [Mehrfachangaben sind möglich.]

Mein Kind sollte im Alter von

	unter 1 Jahr	1 bis unter 2 Jahren	2 bis unter 3 Jahren
Nicht in eine Kindertageseinrichtung oder zu einer Tagesmutter	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Nur in eine Kindertageseinrichtung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Nur zu einer Tagesmutter	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Entweder in eine Kindertageseinrichtung oder zu einer Tagesmutter	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sowohl in eine Kindertageseinrichtung und zu einer Tagesmutter	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

8. Wie viele Stunden pro Woche sollte Ihr Kind (unabhängig vom Alter) in einer Kindertageseinrichtung oder bei einer Tagesmutter betreut werden?

Mein Kind sollte im Alter von

unter 1 Jahr	_____	Stunden pro Woche betreut werden.
1 bis unter 2 Jahren	_____	Stunden pro Woche betreut werden.
2 bis unter 3 Jahren	_____	Stunden pro Woche betreut werden.

Fragen zum Haushalt

- 9. Mit wie vielen Kindern insgesamt (auch die des Partners/der Partnerin) leben Sie in Ihrem Haushalt?** Mit ____ Kindern
- 10. Was machen Sie zurzeit hauptsächlich?**
- Ich bin erwerbstätig, und zwar ____ ____ Stunden pro Woche. [Bitte weiter mit Frage 12.]
- Ich bin in einer schulischen/ beruflichen Ausbildung. [Bitte weiter mit Frage 12.]
- Ich bin in Mutterschutz/Elternzeit.
- Ich bin nicht erwerbstätig.
- 11. Haben Sie vor, in naher Zukunft (wieder) in die Erwerbstätigkeit einzusteigen?**
- Nein, habe ich nicht vor.
- Ja, dieses Jahr noch, mit ____ ____ Stunden pro Woche.
- Ja, im nächsten Jahr, mit ____ ____ Stunden pro Woche.
- Ja, in zwei Jahren, mit ____ ____ Stunden pro Woche.
- 12. Wie alt sind Sie?** ____ Jahre
- 13. Sie sind**
- Weiblich
- Männlich
- 14. Welchen (höchsten) Schulabschluss haben Sie?** [Bitte nur ein Kreuz setzen.]
- Hauptschulabschluss
- Mittlere Reife/ Realschule
- Fachhochschulreife/Abitur
- (Noch) keinen Schulabschluss
- 15. Leben Sie zurzeit in einer festen Partnerschaft?**
- Ja
- Nein [Bitte weiter mit Frage 18.]
- 16. Ist das ...** [Bitte nur ein Kreuz setzen.]
- eine Ehe?
- eine nicht eheliche Lebensgemeinschaft?
- eine Partnerschaft mit getrennten Wohnungen?
- 17. Was macht Ihr Partner/Ihre Partnerin zurzeit hauptsächlich?** [Bitte nur ein Kreuz setzen.]
- Ist erwerbstätig, und zwar ____ ____ Stunden pro Woche.
- Ist in einer schulischen/ beruflichen Ausbildung.
- Ist in Mutterschutz/Elternzeit.
- Ist nicht erwerbstätig.
- 18. Welche Sprache sprechen Sie zu Hause?** [Bitte nur ein Kreuz setzen.]
- Hauptsächlich deutsch
- Hauptsächlich eine andere Sprache
- Beide Sprachen gleich oft

19. Wo wohnen Sie? [Bitte nur ein Kreuz setzen.]

- | | | |
|----------------------------------|----------------------------------|----------|
| 1. <input type="radio"/> Stadt A | 9. <input type="radio"/> Gem. G | |
| 2. <input type="radio"/> Stadt B | 10. <input type="radio"/> Gem. H | |
| 3. <input type="radio"/> Gem. A | 11. <input type="radio"/> Gem. I | |
| 4. <input type="radio"/> Gem. B | 12. <input type="radio"/> K | (Gem. A) |
| 5. <input type="radio"/> Gem. C | 13. <input type="radio"/> L | (Gem. B) |
| 6. <input type="radio"/> Gem. D | 14. <input type="radio"/> M | (Gem. C) |
| 7. <input type="radio"/> Gem. E | 15. <input type="radio"/> N | (Gem. C) |
| 8. <input type="radio"/> Gem. F | 16. <input type="radio"/> O | (Gem. C) |

20. Falls Sie eine Betreuung wünschen: Wo sollte diese stattfinden? [Bitte übertragen Sie die entsprechende Zahl für den/die gewünschte/n Wohnort/Stadtteil/Gemeinde aus Frage 19.]

Nummer _____

21. Haben Sie noch Wünsche, Anregungen, Hinweise?

Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit!

